

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP**

**Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 15. Ostseeparlamentarierkonferenz in Reykjavik (Island) am 4. und 5. September 2006**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 15. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) in Reykjavik am 5. September 2006 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag begrüßt,
  - a) dass die 15. BSPC wesentlichen vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern vorgenommenen Feststellungen und unterbreiteten Maßnahmenvorschlägen in Bezug auf die Themenfelder „Integrierte maritime Politik“, „Meeresschutz“ sowie „Eutrophierung“ - gemäß Drucksache 4/2336 - entsprochen hat,
  - b) dass der Ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement im Rahmen maritimer Politiken sowie bei der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes fortzusetzen und
  - c) dass der Ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz das Thema „Integrierte Europäische Meerespolitik“ in sein jährliches Arbeitsprogramm aufgenommen hat, um sich am Konsultationsprozess zum Grünbuch über die künftige Meerespolitik der Europäischen Union aktiv zu beteiligen und erklärt in diesem Zusammenhang seine Bereitschaft, sich weiter intensiv auf diesem Themenfeld einzubringen.

3. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, den Beschlüssen der 15. BSPC sowie der HELCOM hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert,
  - a) sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen einzusetzen,
  - b) Maßnahmen zu ergreifen, den vom Land verursachten Anteil des Schadstoffeintrages sowie der Eutrophierung der Ostsee insbesondere durch eine entsprechende Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie einzudämmen und in diesem Zusammenhang die notwendige Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen und nationalen Gremien (z. B. HELCOM) zu intensivieren und auszubauen sowie
  - c) den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 39 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern auch weiterhin jährlich, jeweils bis zum 15. Mai jeden Jahres - in der laufenden Legislaturperiode erstmals bis zum 31. Mai 2007 -, über die laufenden und geplanten Aktivitäten der Landesregierung sowie Entwicklungen auf allen Gebieten der Zusammenarbeit im Ostseeraum zu unterrichten und dabei insbesondere auch jeweils auf die Entwicklungen und geplanten Maßnahmen zur Verbesserung des Meeresschutzes und der maritimen Sicherheit auf den unterschiedlichen Ebenen einzugehen sowie auch über die Umsetzung der in den Resolutionen enthaltenen Forderungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene zu informieren.

**Volker Schlotmann und Fraktion**

**Dr. Armin Jäger und Fraktion**

**Prof. Dr. Wolfgang Methling und Fraktion**

**Michael Rooff und Fraktion**

## **Begründung:**

Vom 4. bis 5. September 2006 fand in Reykjavik, Island, die 15. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) statt. Rund 80 Delegierte nationaler und regionaler Parlamente aller Ostseeanrainerstaaten sowie eine Vielzahl von Beobachtern und Gästen erörterten in drei Sitzungsabschnitten als Hauptthemen die „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Ozeane und Meere“ sowie die „Politik der Nördlichen Dimension“. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch die Abgeordneten Hans-Heinrich Jarchow, Gesine Skrzepski und Birgit Schwebs vertreten. Angesichts des zweiten Hauptthemas dominierten die negativen Auswirkungen der Eutrophierung sowie der geplante Bau der Nordeuropäischen Erdgaspipeline durch die Ostsee die Diskussionen im Plenum sowie im Erweiterten Ständigen Ausschuss.

### **1. Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion**

Im Rahmen der Konferenzeröffnung hob die Präsidentin des isländischen Parlaments, Frau Sólveig Pétursdóttir, die wirtschaftliche Bedeutung der Meere für Europa und dessen Zukunftsfähigkeit hervor. Besonders wichtige politische Handlungsfelder seien der Seeverkehr und die maritime Sicherheit, die Eutrophierung und die damit verbundenen negativen ökonomischen und ökologischen Auswirkungen sowie die Fischerei. Sie appellierte an die Parlamentarier, sich aktiver und provokanter gegenüber ihren Regierungen zu gerieren. Als Vertreter der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeer-Wirtschafts-Kooperation (Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Cooperation - PABSEC) berichtete Herr Petar Dimitrov (Bulgarien) über die Bemühungen der Schwarzmeerregion, den besorgniserregenden ökologischen Zustand des Schwarzen Meeres zu verbessern und das starke Interesse der Anrainerstaaten an der Integrierten Maritimen Politik der Europäischen Union. Abschließend unterbreitete er den Vorschlag, eine gesamteuropäische Meeresversammlung zu begründen, um den politischen Herausforderungen besser begegnen zu können.

Als Vorsitzender des Ausschusses Hoher Beamter (Committee of Senior Officials - CSO) erläuterte Herr Christer Persson die politischen Schwerpunkte (zivile Sicherheit, Umwelt und Demokratie) des Ostseerates (Council of the Baltic Sea States - CBSS) unter der derzeitigen schwedischen Präsidentschaft. Er betonte, dass es zwischen der BSPC und dem CBSS zwar keine formelle Vereinbarung gebe, es jedoch ausreichend Beispiele für eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit des CBSS mit anderen Organisationen in Europa gebe, ohne dass es zu verfassungsrechtlichen Problemen komme. Im Hinblick auf den Entwurf des „Memorandum of Understanding“ zwischen BSPC und CBSS bräuchte man für die angestrebte Kooperation keinen offiziellen Vertrag.

Für den Ständigen Ausschuss (Standing Committee) der BSPC unterstrich seine Vorsitzende, Frau Arja Alho (Finnland), die Notwendigkeit, die Ostsee stärker zu schützen. Nicht nur Diskussionen, sondern insbesondere Aktionen seien zukünftig gefragt. Insofern verstehe Sie die diesjährige Konferenz auch als „Weg zur Aktion“. Die Ostseeregion bewertete sie als „blühende Region“, ohne ernstliche politische Krisen. Dennoch sei es wichtig, die noch immer vorhandenen Wohlstandsunterschiede weiter abzubauen. Dabei sei insbesondere das Instrument der „Nördlichen Dimension“ von großer Bedeutung, die Entwicklung der Demokratie im Ostseeraum voranzutreiben. Erfreut zeigte sie sich über den Umstand, dass der Teilfinanzierung des gemeinsamen Sekretariates in Kopenhagen Zustimmung entgegengebracht werde.

Abgeordneter Ole Stavad (Dänemark) hob als Vorsitzender des Nordischen Rates die Funktion von Parlamenten in Demokratien als Souverän hervor und forderte die Konferenzteilnehmer auf, die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten stärker als bisher in die Pflicht zu nehmen und mehr parlamentarischen Druck auszuüben. Er plädierte dafür, dass die Beschlüsse der BSPC in jedem Anrainerstaat umzusetzen seien und die jeweiligen Regierungen diesbezüglich Länderberichte über die Ergebnisse vorzulegen hätten. Gleichwohl sehe er aber auch die Mitgliedsparlamente in der Pflicht, den jeweiligen Konferenzergebnissen durch entsprechende Beschlüsse zuzustimmen und zu deren Umsetzung in den einzelnen Ländern beizutragen. Überprüfungen und Diskussionen über die Ergebnisse könnten dann gemeinsam im Rahmen der Sitzungen des Erweiterten Ständigen Ausschusses erfolgen. Er mahnte, dass sich die BSPC einer selbstkritischen Überprüfung stellen sowie einen kritischen und ehrlichen Umgang pflegen müsse.

Im Rahmen der Diskussion über den ersten Sitzungsabschnitt betonte Bundestagsabgeordneter Kurt Bodewig, dass eine formelle Vereinbarung zwischen BSPC und CBSS die Kooperation insbesondere in den politisch wichtigen Bereichen Wirtschaft und Umwelt in der Ostseeregion erleichtern könne. Es sei wichtig, in diesem Zusammenhang auch eng mit Nichtregierungsorganisationen (NGO's) zusammenzuarbeiten. Ziel sei die Stärkung der parlamentarischen Zusammenarbeit, um den Regierungen selbstbewusst gegenüber treten zu können. Auch Anke Sporendonk (Schleswig-Holstein) unterstützte von deutscher Seite aus eine Verstetigung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Ostseerat auf der Grundlage des vorliegenden Memorandum-Entwurfs.

Im Hinblick auf die Darlegungen von Ole Stavad führte Abg. Birgit Schwebs aus, dass der Landtag Mecklenburg-Vorpommern die von ihm skizzierten Vorgehensweisen seit Jahren als den einzig richtigen Weg ansehe und auch so praktiziere, um die Anliegen der BSPC politisch voranzutreiben. Die Umsetzung der Inhalte von Resolutionen könne dadurch erreicht werden, dass diese nicht nur von den Delegationsteilnehmern selbst verabschiedet werden, sondern - so wie es der Praxis im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern entspreche - dass die Resolutionen ebenso von den jeweiligen Mitgliedsparlamenten insgesamt zu beschließen seien und die Regierungen beauftragt würden, die unterbreiteten Handlungsempfehlungen im Rahmen ihrer verfassungsgemäßen Zuständigkeiten zu realisieren. Dazu gehörten unter anderem auch Berichtspflichten der Regierungen, nach bestimmten Zeiträumen darzustellen, welche Maßnahmen ergriffen worden seien, um die Forderungen der Konferenz umzusetzen. Auf der Grundlage dieser Berichte sowie der Aktivitäten seiner Fachausschüsse beschließe der Landtag in der Regel als Parlament insgesamt weitergehende Empfehlungen für die neue Resolution der BSPC und leite diese als Parlamentsbeschluss dem Ständigen Ausschuss zur Berücksichtigung für die neue Resolution zu. Damit erführen die Vorschläge für die Resolutionen auch die Legitimation des gesamten Parlaments. Abschließend appellierte sie an alle Mitgliedsparlamente diese Verfahrensweise anzuwenden.

Abgeordneter Lech Woszczerowicz (Polen) berichtete, dass die Fischerei, der Seeverkehr und der Tourismus für Polens Wirtschaft eine große Bedeutung haben. Zurzeit stünden diese Bereiche jedoch vor großen Problemen, da die Russische Föderation Seeverkehrsflächen der Danziger Bucht und Frischen Nehrung gesperrt habe. Das polnische Außenministerium habe diesbezüglich eine politische Note an die zuständigen Stellen in Moskau geschickt, um zu einer für alle Seiten verträglichen Vereinbarung zu gelangen.

Die finnische Abgeordnete Outi Ojala kritisierte als NGO-Beauftragte der BSPC die nach ihrer Meinung unzureichenden Bezüge der Arbeit des CBSS zu den Nichtregierungsorganisationen. Zudem sei das NGO-Forum chronisch unterfinanziert. Diesbezüglich müsse mehr Druck auf die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten ausgeübt werden.

Herr Vatanyar Yagya (St. Petersburg) monierte, dass Weißrussland eine Mitgliedschaft im CBSS bisher verweigert worden sei. Trotz aller politischen Vorbehalte sei die EU Haupt-handelspartner Weißrusslands. Er regte an, dass die BSPC - wie im Falle der Ukraine - auch gesonderte Beziehungen mit Belarus aufbauen und als Beobachter in die Konferenz einbeziehen solle. Im Zusammenhang mit den ökologischen Problemen der Ostsee verwies er auf die möglichen Auswirkungen versenkter Munition und chemischer Kampfstoffe aus dem Zweiten Weltkrieg. Er forderte diesbezüglich eine Beräumung kontaminierter Bereiche des Meeresbodens sowie die Unterstützung der NATO bei diesen Maßnahmen. Darüber hinaus rief er die EU dazu auf, die Nördliche Dimension stärker finanziell zu unterstützen, damit die avisierten Ziele erreicht werden können. Als Vertreter des CBSS warnte Christer Persson vor zu hoch gesteckten Erwartungen bei der Einbeziehung Weißrusslands in die Ostseepolitiken, da die Regierung sowohl Demokratiebestrebungen als auch Menschenrechte im Lande gravierend missachte. Arja Alho regte in diesem Zusammenhang an, Kontakte zu Belarus über die PABSEC aufzubauen.

## **2. Sitzungsabschnitt: Ozeane und Meere**

Bürgerschaftspräsident Berndt Röder (Hamburg) erläuterte seine Auffassungen über die zukünftige Europäische Meerpolitik, wie sie aktuell von der Europäischen Kommission unter Berücksichtigung der Ziele der Lissabon-Strategie erörtert wird. Es müsse im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes Sorge dafür getragen werden, dass ökonomische, ökologische sowie soziale Belange gleichberechtigt miteinander abgewogen würden. Dies sei auch das Ziel des Konsultationsprozesses, der bis Ende Juni 2007 auf europäischer Ebene zum Grünbuch über eine integrierte europäische Meerpolitik abgeschlossen sein solle. Dazu werde es eine Reihe von Konferenzen in Europa geben, um spezielle Aspekte unterschiedlicher Regionen ausreichend zu erfassen und zu berücksichtigen. Deutschland werde diesbezüglich die BSSSC-Konferenz (Baltic Sea States Subregional Cooperation) in Kiel am 21. September 2006 dazu nutzen, wobei die norddeutschen Bundesländer zurzeit eine abgestimmte Stellungnahme insbesondere mit Bezug auf eine nachhaltige Beschäftigung durch Forschung und Innovation, den Schutz der Meeresumwelt sowie die Sicherung der Häfen und deren Funktion erarbeiten. Die „Gesundheit“ der Ostsee mit ihren Küstenregionen sei eine wichtige Lebensgrundlage für viele Menschen in der Ostseeregion.

Als Vorsitzender der Helsinki-Kommission referierte Mieczysław S. Ostojki (Polen) über die Grundlagen und Ziele des HELCOM-Ostseeaktionsplanes, der am 15. November 2007 in Warschau im Rahmen einer gemeinsamen Umwelt- und Landwirtschaftsministerkonferenz der Ostseeanrainerstaaten verabschiedet werden soll. Das langfristige Hauptziel sei die Verminderung der Eutrophierung sowie der Schutz der Meeresumwelt der Ostsee insgesamt. Dies vollziehe sich auf der Grundlage zweier Konventionen (1974 und 1992), um in der Ostseeregion sowohl EU-Mitglieder als auch Nicht-EU-Mitglieder zusammenzuführen. HELCOM habe sich in den vergangenen Jahrzehnten intensiv der Bekämpfung von Punktquellen gewidmet und verfolge nunmehr einen ökosystemaren Ansatz. Demzufolge würden für Subregionen des Ostseeaktionsplanes Indikatoren und Qualitätsziele formuliert, die durch konkrete Aktionen untersetzt werden sollen. Dabei sei man auf eine intensive Unterstützung von Interessenvertretern und insbesondere der Politik angewiesen. Die Russische Föderation sei als Nicht-EU-Mitglied ein wichtiger Partner bei der Umsetzung des Aktionsplanes.

Herr Jón Ólafsson vom isländischen Meeresforschungsinstitut stellte die Zusammenhänge zwischen Meeresökosystemen und der Treibhausgasproblematik dar. Globale Veränderungen zeigten sich in der Verschiebung von Temperaturzonen, großräumigen Wetteränderungen, dem Rückgang der Festlandseismassen, der Versauerung der Meere und damit einhergehend einer Verschiebung des Kalk-Kohlensäure-Gleichgewichts in den Meeren. Aus diesen Vorgängen resultiere eine Vielzahl von Sekundäreffekten mit weitreichenden negativen Folgen für die Menschheit. Er resümierte, dass allein eine sofortige und drastische Verminderung der anthropogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit die Versauerung der Ozeane vermindern könne.

Herr Asanbuba Nyudyurbegov (Russland) fokussierte seinen Vortrag auf die möglichen Auswirkungen versenkter Munition und chemischer Kampfstoffe in der Ostsee sowie auf die Notwendigkeit ihrer Bergung. Er schlug vor, dass sämtliche Ostseeanrainer die ihnen bekannten Daten liefern, um zu einer Gesamtbeurteilung des Gefährdungsgrades zu gelangen. Darüber hinaus sei eine ständige Überwachung der bekannten Gefahrenherde erforderlich. Die entsprechende Technik sei zwar vorhanden, jedoch fehle es am politischen Willen diese auch einzusetzen. Im Weiteren bewertete er den Seeverkehr als ökologisch vorteilhaft und sprach sich für den Ausbau einer Verbindung Ostsee-Wolga aus. Die Ausweisung der Ostsee als PSSA (Particularly Sensitive Sea Area) bewertete er als politischen Aktionismus, da die Ostsee bereits im Jahre 1978 von der IMO als Sondergebiet ausgewiesen worden sei. Der Seeverkehr werde heutzutage durch ein sicheres Verkehrsleitsystem (Vessel Traffic Management and Information System - VTMS) überwacht. Hinsichtlich der geplanten Erdgaspipeline durch die Ostsee führte er aus, dass die beabsichtigte Trassenführung keine Verklappungsgebiete für chemische Kampfstoffe und Munition berühre. Es würden jedwede Maßnahmen ergriffen, um mögliche Umweltschäden zu vermeiden.

Als Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe „Eutrophierung“ legte Herr Asmund Kristoffersen (Norwegen) einen Zwischenbericht über den Verlauf und die Ergebnisse ihrer bisherigen Sitzungen sowie eine Zusammenfassung des derzeit vorhandenen wissenschaftlichen Sachverstandes als BSPC-Broschüre vor. Ziel sei es, im Jahr 2007 konkrete politische Handlungsempfehlungen vorzulegen, die während der 16. BSPC in Berlin verabschiedet werden sollten. Hauptproblem sei, dass die Eutrophierung das ökologische Gleichgewicht der Ostsee zerstöre. Dies ziehe bereits jetzt in Teilregionen eine nachhaltige Störung der Fischerei sowie eine Gefährdung des Tourismus nach sich. Neben diffusen atmosphärischen Einträgen trügen insbesondere die Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft zur Eutrophierung bei.

Er kündigte an, dass sich die Arbeitsgruppe auch auf HELCOM-Ebene aktiv einbringen werde und er insofern auch mit hohen Ansprüchen die gemeinsame HELCOM-Umwelt- und Landwirtschaftsministerkonferenz im Jahr 2007 erwarte.

Herr Árni Múli Jónasson vom isländischen Fischereiministerium referierte über das isländische Fischereimanagementsystem. Der Fangertrag der Fischereiflotte (1.350 Fahrzeuge) betrage im jährlichen Durchschnitt 1,7 bis 2,1 Mio. Tonnen mit einem Marktwert von rund 1,6 Mrd. €. Demnach sei die Fischerei Islands wichtigster Wirtschaftsfaktor.

In Bezug auf den Bau der Erdgaspipeline untermauerten insbesondere Vertreter skandinavischer Parlamente ihre Kritik mit ökologischen Bedenken und forderten, das Projekt auszusetzen. Zum einen seien Alternativen des Landtransports nicht ausreichend geprüft worden, zum anderen solle die Pipeline die Wirtschaftszonen von fünf Anrainerstaaten durchlaufen, um deren Genehmigung noch nicht ersucht worden sei. Darüber hinaus wurde moniert, dass das deutsch-russische Geschäft sehr kurzfristig realisiert werden solle. Bedauert wurde, dass finnische Vorschläge für ein ähnliches Projekt zu einem früheren Zeitpunkt keine Berücksichtigung bei den zuständigen russischen Unternehmen gefunden hätten. Der Vertreter des CBSS führte zum Pipelineprojekt aus, dass in den öffentlichen Medien zwar eine kritische Diskussion stattfinde, offizielle Stellungnahmen der Regierungen in den entsprechenden Gremien jedoch kaum vorlägen. HELCOM befasse sich als fachlich zuständige Regionalkooperation mit dem Thema und werde sich unter anderem auch intensiv mit der Frage der Umweltverträglichkeitsprüfung auseinandersetzen. Bundestagsabgeordneter Franz Thönnies unterstrich in diesem Zusammenhang den privatwirtschaftlichen Charakter des Projektes und verwies des Weiteren auf relevante Ausführungen in der Unterrichtung durch Präsidentin Sylvia Bretschneider über die Wahrnehmung des Beobachterstatus der Ostseeparlamentarierkonferenz bei der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes im Zeitraum 2005/2006 durch den Landtag auf Drucksache 4/2402. Die Gaspipeline solle im Rahmen des transeuropäischen Netzwerkes mit dazu beitragen, die Versorgungssicherheit Europas zu gewährleisten. Unabdingbar für den Bau dieser Pipeline sei, dass die völkerrechtlichen Bestimmungen eingehalten würden.

Abgeordneter Karl-Martin Hentschel (Schleswig-Holstein) bewertete das Grünbuch der Europäischen Kommission über eine integrierte europäische Meerespolitik auch als Fortschritt für die Ostseeregion. Seiner Auffassung nach gebe es dabei drei Schwerpunkte, die vordringlich seien: erstens die Abstimmung der Meeres- mit der Agrarpolitik, zweitens Fangmengenbegrenzungen für die Fischerei einschließlich der Abstimmung über Fanggebiete und drittens die Verbesserung der maritimen Sicherheit sowie der Hafenstaatenkontrollen. Ivar Kristiansen (Norwegen) kritisierte das hohe Ausmaß der illegalen Fischerei. Es gebe zwar eine verbindliche UN-Konvention und ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der EU, jedoch sehe er die illegale Fischerei als Verbrechen und als Bedrohung für die heimische Wirtschaft. In vielen Regionen sei der Kampf gegen diese Form der Wirtschaftskriminalität bereits verloren, da die Regierungen zu wenig aktiv seien. Aus diesem Grunde solle die EU eine „schwarze Liste“ über entsprechende Fischereifahrzeuge und Nationen führen. Sverker Thorén (Schweden) konstatierte, dass die Ostsee nicht mehr länger auf Maßnahmen warten könne und dass es an der Zeit sei, politisch zu agieren. Kurzfristig sei der Schutz der Ostsee als PSSA durch ergänzende Schutzmaßnahmen zu konkretisieren. Veronica Thörnroos schilderte die Umweltbelastungen am Beispiel der Åland-Inseln.

Die Regionalregierung habe ein progressives Schutzprogramm für die Ostsee aufgelegt, das insgesamt stark auf die Verminderung von Nährstoffbelastungen durch Kleinkläranlagen abziele. Im Hinblick auf die restriktiven Bestimmungen für die Bürger forderte sie für alle Wasserfahrzeuge ein Einleitungsverbot von Abwässern und Fäkalien in die Ostsee sowie den Ausbau von Hafenauffangeinrichtungen. Manuel Sarrazin (Hamburg) plädierte dafür, dass die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen im Rahmen des Konsultationsprozesses zum Grünbuch der Kommission verlängert werden solle, damit die Ergebnisse der 16. BSPC einfließen könnten.

Für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern führte Abg. Birgit Schwebs aus, dass die Vorgehensweise der Arbeitsgruppe „Eutrophierung“, regelmäßige und vertiefte Diskussionen zwischen Sachverständigen und Abgeordneten durchzuführen, die einzig richtige und effektive Möglichkeit sei, um zu fundierten Handlungsempfehlungen gegenüber den Regierungen zu gelangen und in der Sache Fortschritte zu erzielen. Der Landtag habe für die Arbeitsgruppe zum Erhalt der vorliegenden Datengrundlage den Entwurf eines Fragenkataloges entwickelt, der sich vor allem auf den aktuellen Stand von politischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Eutrophierung ausrichte. Allerdings scheine es schwierig zu sein, aus allen Ostseeanrainerstaaten eine Antwort zu erhalten. Es würde die Aufgabe der Arbeitsgruppe sowie von HELCOM erleichtern, wenn es gelänge, den Fragenkatalog von allen Regierungen der Anrainerstaaten beantwortet zu bekommen. Im Hinblick auf die gemeinsame HELCOM-Umwelt- und Landwirtschaftsministerkonferenz im Jahr 2007 wäre es vorteilhaft, wenn die BSPC konkrete Handlungsempfehlungen entwickeln würde, wie seinerzeit bei der Umwelt- und Verkehrsministerkonferenz zur HELCOM-Kopenhagen-Erklärung im Jahr 2001. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern habe das Thema „Eutrophierung“ durch seine Fachausschüsse aufbereiten lassen und auf der Grundlage einer Sachverständigenanhörung erste Maßnahmevorschläge im Juni 2006 verabschiedet, die dem Ständigen Ausschuss zugeleitet und die im Kern in den Resolutionsentwurf eingeflossen seien. Zum Grünbuch führte sie aus, dass das Parlamentsforum Südliche Ostsee im Mai 2006 auf der Grundlage von zwei öffentlichen Anhörungen eine umfassende Resolution mit einer Vielzahl von Handlungsempfehlungen verabschiedet habe, die teilweise auch in den Resolutionsentwurf der diesjährigen BSPC eingeflossen seien. Dies könne jedoch nur als Auftakt für die weitere und vertiefende Arbeit der BSPC sowie des Ständigen Ausschusses im laufenden Geschäftsjahr auf diesem Gebiet verstanden werden. Vor diesem Hintergrund regte sie an, gegebenenfalls auch die Gründung einer weiteren Arbeitsgruppe in Betracht zu ziehen, um eine umfassende Stellungnahme der BSPC gegenüber der Europäischen Kommission im weiteren Verlauf des Konsultationsprozesses zum Grünbuch vorzubereiten.

### 3. Sitzungsabschnitt: Politik der Nördlichen Dimension

Tauno Pesola vom finnischen Außenministerium erläuterte die 1997 von Finnland initiierte Nördliche Dimension, um die Arktische Region, die Kaliningrad-Region sowie den Nordwesten Russlands enger mit den Politiken der EU zu verknüpfen. Mit bislang zwei Aktionsplänen werde das Ziel verfolgt, insbesondere auf der Mikroebene mit regionalen Maßnahmen Verbesserungen in den Bereichen Wirtschaft und Infrastruktur, Forschung, Bildung und Gesundheit, Umwelt und nukleare Sicherheit sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit herbeizuführen. Seit 2001 bestehe auch eine Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension. In diesem Rahmen sei ein Unterstützungsfonds von EU, einzelnen Staaten und internationalen Finanzinstitutionen in Höhe von zwei Milliarden Euro eingerichtet worden, um mit Zuwendungen und Darlehen Projekte in den Bereichen Abfall, Abwasser, Energieversorgung und -effizienz sowie Nuklearabfälle durchzuführen. Als Beispiel nannte er die Abwasserbehandlungsanlage (Süd-West-Klärwerk) in St. Petersburg sowie die sichere Verwahrung stillgelegter Reaktoren aus Atom-U-Booten und verbrauchter Kernbrennstoffe aus Atomkraftwerken. Wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Volksgesundheit und sozialen Wohlfahrt seien seit 2003 die Bekämpfung von Infektionskrankheiten (HIV, Tuberkulose etc.) sowie Krankheiten, die für minderbegüterte Bevölkerungsschichten typisch seien (Bronchialerkrankungen, Alkoholismus etc.).

Als Abgeordnete des Europäischen Parlaments kritisierte Diana Wallis, dass die Nördliche Dimension vielfach zu sehr als geschützter Raum gesehen werde und man dabei die Nachbarregionen aus den Augen verliere. Daher sei es begrüßenswert, wenn sich die Nördliche Dimension auch verstärkt der Arktischen Region widme. Zurzeit befasse sich hauptsächlich die Exekutive mit diesem politischen Instrument. Sie forderte daher die Parlamente auf, sich verstärkt in die Nördliche Dimension einzubringen. Darüber hinaus könnte das Europäische Parlament sowohl den Europäischen Rat als auch die Europäische Kommission politisch zur Rechenschaft ziehen.

Herr Dmitry Polanskiy vom russischen Außenministerium monierte, dass die Europäische Union Russland nicht angemessen als Partner behandle. Der Mehrwert der Partnerschaft sei nur schwer erkennbar, da viele Projekte auch ohne das Instrument der Nördlichen Dimension auf den Weg gebracht worden seien. Insofern schlussfolgerte er, dass allein an diese Region angepasste Projekte Erfolg versprechend seien. Christer Persson entgegnete, dass insbesondere ND-Projekte, die in der Vergangenheit auf Umweltschutzmaßnahmen abgezielt haben, erfolgreich gewesen seien. Zukünftig gelte es, sich verstärkt gesundheitlichen und sozialen Projekten zu widmen.

Als Generalsekretär des Netzwerkes der Gewerkschaften in der Ostseeregion (Baltic Sea Trade Union Network - BASTUN) sprach Kristjan Vaigur über die soziale Dimension sowie über den Arbeitsmarkt in der Nördlichen Dimension. Unabdingbare Voraussetzung für einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt sei ein gutes Rechts- und Tarifsysteem. Für eine kontrollierte Migration von Arbeitnehmern seien sowohl Rechte als auch Kontrollen notwendig. Die Niederlassungsfreiheit von Arbeitnehmern und deren Arbeitsbedingungen dürfe nicht an der Nationalität festgemacht werden. Russland bezeichnete er als wichtigen strategischen Partner der EU. Die Nördliche Dimension diene dazu als wichtiges Instrument zum gegenseitigen Nutzen.

Dafür seien ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Er konstatierte, dass der Bereich soziale Wohlfahrt die wichtigste Voraussetzung für das ökonomische Wachstum und eben kein - wie vielfach falsch behauptet - Hindernis für Wirtschaftswachstum sei. Niedrige Standards, niedrige Bezahlung, Sozialdumping und wenig Verantwortung seien im Hinblick auf eine positive Wirtschaftsentwicklung kontraproduktiv. Andererseits müssten sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte Planungssicherheit haben. Das noch immer vorhandene Wohlstandsgefälle zwischen den EU-15 und EU-25 Staaten müsse weiter verringert werden. Dies könne unter anderem auch durch die neue EU-Nachbarschaftspolitik erreicht werden. Abschließend forderte er, die Sozial- sowie Arbeitsmarktpolitik zum Schwerpunkt der Beziehungen zwischen der EU und Russland zu machen. Dies müsse auf höchster politischer Ebene geschehen.

Der stellvertretende Arbeits- und Sozialminister Polens, Kazimierz Kuberski, sprach über die Mobilität von Arbeitnehmern nach der EU-Erweiterung. Heute bestünden mehr Möglichkeiten denn je, die Globalisierung und Europäische Integration miteinander zu verbinden. Für die Beitrittsländer eröffneten sich neue Arbeitsmöglichkeiten; aufgrund der Beschränkungen in vielen Ländern leider nur schleppend. Niederlassungsfreiheit und Freizügigkeit für Arbeitnehmer seien das wichtigste politische Thema in diesem Zusammenhang. Die Arbeitsmarktpolitik der skandinavischen Länder sei seiner Auffassung nach ein hervorragendes Integrationsbeispiel. Die Länder, die sich dem gesamteuropäischen Arbeitsmarkt ohne Beschränkungen weitestgehend geöffnet hätten, könnten heute ein gutes Wirtschaftswachstum vorweisen. Mittlerweile rekrutierten viele europäische Staaten gut ausgebildete Arbeitnehmer aus Polen. Andererseits gebe es jedoch auch negative Begleiterscheinungen, wie die Auflösung von Familienstrukturen, die Gettoisierung von Städten sowie den Rückgang der beruflichen Qualifikation soweit niedrig qualifizierter Arbeit nachgegangen werde. Neben der Schwarzarbeit sowie Sprachbarrieren stellte er als gravierendes gesellschaftliches Problem die Überalterung der Gesellschaft mit ihren negativen Auswirkungen heraus. Der Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung sowie die Zunahme von Versorgungsempfängern ziehe in vielen europäischen Staaten erhebliche Verwerfungen des Rentenfinanzierungssystems nach sich.

Während der sich anschließenden Diskussion sahen viele Konferenzteilnehmer zwar nachweisbare Erfolge der Nördlichen Dimension im Bereich des Umweltschutzes, jedoch nicht auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Es wurde gefordert, sich diesen Politiken in Zukunft besonders anzunehmen. Darüber hinaus solle sich die Nördliche Dimension gegenüber anderen Regionen öffnen.

Mit dem einstimmigen Votum aller Delegationen wurde die aus der Anlage ersichtliche Resolution verabschiedet. Die 16. BSPC soll vom 27. bis 28. August 2007 in Berlin stattfinden.

**Anlage**  
**(nichtamtliche Übersetzung)**  
5. September 2006

## **Konferenz-Resolution**

der 15. Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Teilnehmer der Konferenz\*, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten und dem Europäischen Parlament, die sich vom 3. - 5. September 2006 in Reykjavik, Island, versammelten, um Fragen der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, der Nördlichen Dimension und der Europäischen Meerespolitik zu erörtern -

**fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region auf,**

durch koordinierte Maßnahmen die neuen EU-Nachbarländer beim Aufbau einer zivilen und demokratischen Gesellschaft zu unterstützen und den Reformprozess in diesen Ländern zu fördern;

**fordern den Ostseerat auf,**

das Zusammenwirken zwischen Ostseerat und Ostseeparlamentarierkonferenz durch eine weitere Intensivierung und Förderung des Dialogs und Informationsaustausches zu verstärken;

**fordern im Hinblick auf die Nördliche Dimension die Europäische Kommission und die Regierungen von Island, Norwegen und Russland auf,**

den Ergebnissen des am 30. Januar 2006 in Kopenhagen veranstalteten Round-Table-Gesprächs über die Nördliche Dimension Beachtung zu schenken und die Mitglieder des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz zu ermutigen, an dem vom Europäischen Parlament im November auszurichtenden Parlamentarischen Forum für die Nördliche Dimension teilzunehmen,

die Partnerschaft im Bereich der Umwelt (NDEP - *Northern Dimension Environmental Partnership*) und die Partnerschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit sowie der öffentlichen Wohlfahrt (NDPHS - *Northern Dimension Partnership in Health and Social Wellbeing*) zu unterstützen und weiterzuentwickeln,

auf die Sicherung konkreter Ziele und Finanzierungsmechanismen für die Nördliche Dimension hinzuarbeiten,

sich darum zu bemühen, die vier gemeinsamen Räume der EU und Russlands mit konkreten Inhalten zu füllen,

die Koordination und Kooperation zwischen den regionalen Organisationen in Nordeuropa zu verstärken,

die Schaffung einer Partnerschaft in den Bereichen Verkehr und Logistik im Rahmen der Nördlichen Dimension in Erwägung zu ziehen;

**fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat, HELCOM und die EU im Hinblick auf die Europäische Meerespolitik und den Ostseeaktionsplan auf,**

auf eine integrierte Meerespolitik hinzuarbeiten, um günstige Rahmenbedingungen für eine wachstumsorientierte, sozial ausgewogene und ökologisch nachhaltige Entwicklung in der Ostseeregion zu schaffen,

zwischen den zahlreichen konkurrierenden wirtschaftlichen Nutzungen des Meeres einerseits und dem hinreichenden Schutz der Meeresumwelt andererseits eine Ausgewogenheit herzustellen, die eine ökonomische und ökologische Nutzung der Meere ermöglicht,

Meereswissenschaften und Meerestechnologien auch zu marinen Ressourcen als thematische Priorität in zukünftige Forschungsprogramme aufzunehmen,

eine Harmonisierung der bestehenden Vielfalt politischer und rechtlicher Maßnahmen, Programme und Aktionspläne auf europäischer Ebene im Rahmen der integrierten Europäischen Meerespolitik anzustreben,

eine gemeinsame europäische Fischereipolitik zu verfolgen, die die Besonderheiten der Ostsee berücksichtigt und das Prinzip der nachhaltigen Fischerei durch aktive Mitarbeit im Ostsee-Beirat (RAC - *Regional Advisory Committee*) umsetzt,

die Zusammenarbeit im Bereich der maritimen Sicherheit und Security insbesondere im Zusammenhang mit Such- und Rettungsmaßnahmen zu verstärken;

**fordern die Regierungen in der Ostseeregion und HELCOM im Hinblick auf die geplante Nordeuropäische Gas-Pipeline (NEGP) auf**

sicherzustellen, dass die Untersuchung der Machbarkeit der geplanten Nordeuropäischen Gas-Pipeline mit hoher Transparenz und unter Beachtung aller einschlägigen internationalen Verpflichtungen durchgeführt wird;

**fordern die Regierungen angesichts der bedenklichen Situation in Bezug auf die ungewöhnliche Algenblüte und die leblosen Gebiete auf dem Meeresboden der Ostsee auf,**

nachdrücklich alle erdenklichen Maßnahmen und Instrumente zu unterstützen, die der weiteren Reduzierung von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen aus Landwirtschaft, Kommunen, der Schifffahrt und der Industrie dienen,

im gesamten Einzugsbereich der Ostsee die HELCOM-Maßnahmen zur Bekämpfung der Eutrophierung zu unterstützen,

sich aktiv an der für April 2007 geplanten Umwelt- und Landwirtschaftsministerkonferenz des Ostseerats zu beteiligen, um den eigenen Beitrag zu einer weniger eutrophierten Ostsee weiter zu optimieren und die Ergebnisse dieser Konferenz auf der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz im Jahr 2007 in Berlin vorzustellen.

**Ferner beschloss die Konferenz,**

den Ständigen Ausschuss zu bitten, das Grünbuch der Europäischen Kommission zur Europäischen Meerespolitik im Arbeitsprogramm des Ständigen Ausschusses aufzunehmen, sich an der Diskussion zum Grünbuch zu beteiligen, den Beitrag der Ostseeparlamentarierkonferenz auf der nächsten Sitzung des Erweiterten Ständigen Ausschusses zu erörtern und die Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Meerespolitik in Betracht zu ziehen, um die weitere Entwicklung im Anschluss an das Grünbuch-Verfahren zu verfolgen,

auf künftigen Sitzungen des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz auch das Thema Energie auf die Tagesordnung zu setzen,

den Ständigen Ausschuss zu bitten, mit den Arbeitsmarktpartnern eine Diskussion über sozial- und arbeitsmarktpolitische Themen in Gang zu setzen,

die neuen Vorschläge der Ostseerats-Präsidentschaft über eine Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz mit Befriedigung anzuerkennen,

mit Freude zur Kenntnis zu nehmen, dass die teilnehmenden Parlamente beschlossen haben, zur Finanzierung des Sekretariats - wie vom Ständigen Ausschuss vorgeschlagen - einen Beitrag zu leisten,

sich auf der nächsten Konferenz im August 2007 in Berlin mit dem Europäischen Grünbuch für eine integrierte Europäische Meerespolitik, Arbeitsmarktproblemen und Fragen der sozialen Wohlfahrt zu befassen,

begrüßen die Teilnehmer der Konferenz dankbar die freundliche Einladung des Deutschen Bundestags, die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz am 27./28. August 2007 in Berlin abzuhalten.

\* Baltische Versammlung, Bundesrepublik Deutschland, Bundesversammlung der Russischen Föderation, Dänemark, Estland, Europäisches Parlament, Finnland, Freie und Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Island, Lettland, Litauen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordischer Rat, Norwegen, Parlamentarische Versammlung des Europarats, Polen, Schleswig-Holstein, Schweden, Stadt St. Petersburg, Åland.

*5 September 2006*

## **Conference Resolution**

Adopted by the 15h Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants\*, elected representatives from the Baltic Sea States and European Parliament, assembled in Reykjavik, Iceland 3 - 5 September 2006, to discuss co-operation in the Baltic Sea Region, the Northern Dimension and European Maritime Policy

### **Regarding the Co-operation in the Region call on governments in the Baltic Sea region, the CBSS and the EU to**

give coordinated support to the new EU neighbouring countries in building the civil and democratic society and to promote reform processes in these countries

### **Call on the CBSS to**

strengthen the interaction between the CBSS and the BSPC by further reinforcing and developing dialogue and information exchange

### **Regarding the Northern Dimension call on the European Commission and the Governments of Iceland, Norway and Russia to**

pay attention to the results of the Round Table of the Northern Dimension held on 30 January 2006 in Copenhagen and encourage the members of the BSPC Standing Committee to attend the Parliamentary Forum on Northern Dimension, to be organised by the European Parliament in November 2006

support and further develop the Northern Dimension Environmental Partnership (NDEP) and Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing (NDPHS)

work to secure concrete goals and financing mechanisms of the Northern Dimension

aim at filling the four EU-Russia common spaces with concrete content

strengthen coordination and cooperation between regional organisations in Northern Europe

consider establishing a partnership on Transport and Logistics in the Framework of Northern Dimension

**Regarding the European Maritime Policy and the Baltic Sea Action Plan  
call on the governments in the Baltic Sea region, the CBSS, HELCOM and the EU to**

work for an integrated maritime policy in order to create favourable conditions for a prosperous, socially balanced and ecologically sustainable development of the Baltic Sea region

establish a balance between the many competing economic benefits of the sea on the one hand, and adequate protection of the marine environment on the other, so as to allow an economically and ecologically sustainable use of marine resources

include marine sciences and technologies for marine resources as priority fields in future research programmes

strive for harmonization of the current variety of political and legal measures, programmes and action plans at European level within the framework of an integrated European maritime policy

pursue a European fisheries policy that will take into account the particularities of the Baltic Sea and implement the principle of sustainable fisheries by active participation in the Baltic Sea RAC (Regional Advisory Committee)

strengthen cooperation in the field of maritime safety and security, especially regarding search and rescue matters

**Regarding the proposed North European Gas Pipeline (NEGP), call on the  
governments in the Baltic Sea Region and HELCOM to**

ensure that the assessment of the feasibility of the proposed NEGP is carried out with a high level of transparency and in compliance with all applicable international obligations

**Regarding the serious situation of abnormal algae blooming and lifeless areas of the  
Baltic Sea seabed call on the governments to**

strongly support all kinds of measures and instruments designed to further reduce pollutant and nutrient inputs from agriculture, municipalities, shipping and industries

support HELCOM activities in the full catchment area in order to fight the eutrophication in the Baltic Sea

take active part in the planned April 2007 CBSS conference of ministers of environment and ministers of agriculture, in order to optimize their contribution to a less eutrophicated Baltic Sea and to present the results of this conference at the 16<sup>th</sup> BSPP-Conférence in Berlin 2007

**Furthermore the Conference decided to**

ask the Standing Committee to include the Green Paper on Maritime Policy to the Standing Committee work programme, to take part in the discussion on the Green Paper, to discuss the BSPC contribution at the next Extended Standing Committee meeting and to consider the installation of a working group on Maritime Policy in order to monitor the follow-up of the Green Paper process

include the issue of energy on the future agenda of the BSPC Standing Committee meetings

ask the Standing Committee to start discussions on social and labour market issues with labour market partners

acknowledge with satisfaction the new proposals by the CBSS Presidency about co-operation between the CBSS and the BSPC

note with pleasure the decisions by the participating parliaments to contribute to the financing of the secretariat as proposed by the Standing Committee

address the European Green Paper on the European Integrated Maritime Policy, labour market issues and social welfare as items at the next Conference in August 2007 in Berlin

welcome with gratitude the kind invitation of the German Bundestag to hold the 16<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference on 27-28 August 2007 in Berlin.

\* Baltic Assembly, Free and Hanse City of Bremen, Parliamentary Assembly of the Council of Europe, Denmark, Estonia, European Parliament, Finland, Federal Republic of Germany, Free and Hanse City of Hamburg, Iceland, Latvia, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Nordic Council, Norway, Poland, Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland.